

Medienkonferenz vom 15. September 2016

Claude-Alain Margelisch, CEO, Schweizerische Bankiervereinigung

Gesamtschau statt Partikularinteressen

Sehr geehrte Damen und Herren

Über den Finanzplatz wird viel gesprochen. Sie, die Medien, haben ebenso Ihre Wahrnehmung und Meinung wie Kunden, Politik oder Wirtschaftsvertreter. Und dies trifft auf die Schweiz wie das Ausland zu. Partikularinteressen werden betont, Einzelbeispiele aufgebauscht, Details hervorgehoben. Buzzwords wie Fintech werden herumgereicht und Geschichten darum aufgebaut. Dabei geht leider ab und zu das Gesamtbild vergessen.

Gesamtbild der Zukunft des Finanzplatzes

Lassen Sie mich daher heute, am Tag unseres Bankiertags, Bilanz ziehen. Ich möchte Ihnen meinen Blick, der die Gesamtschau zeigt, auf den Schweizer Finanzplatz zeigen und seine Zukunft skizzieren.

Dazu möchte ich zuerst auf aktuelle Abstimmungsdiskussionen – namentlich die Vollgeldinitiative, die Initiative zum Schutz der Privatsphäre oder kurz Matter-Initiative sowie die aktuellen Gesetzesprojekte FIDLEG und FINIG – eingehen. Anschliessend möchte ich allgemein über Regulierung, und wie sie optimal ausgestaltet sein sollte, sprechen. Und zum Schluss stelle ich das Gesagte dann in den Gesamtkontext rund um die Zukunft des Bankings.

Vollgeld, Matter und FIDLEG / FINIG

Vollgeld, die Matter-Initiative und FIDLEG / FINIG sind drei aktuelle Projekte, welche den Schweizer Finanzplatz beschäftigen.

Die **Vollgeld-Initiative** will, dass künftig allein die Nationalbank Geld generieren kann. Banken sollen Kredite an Private und Unternehmen nur noch mit dem Geld verleihen

können, das sie von Sparern, anderen Banken oder der Nationalbank zur Verfügung gestellt bekommen. Wie Sie sich vorstellen können, lehnen wir die Initiative in aller Entschiedenheit ab. Die Gründe liegen auf der Hand:

- Die Schweiz hat ihr Finanzsystem bereits wirksam stabilisiert. Auch ein Vollgeldsystem setzt Marktregeln nicht ausser Kraft und kann daher Finanzkrisen nicht abwenden.
- Sparer werden schlechter gestellt: Flexible Sparkonten werden abgelöst durch auf eine feste Mindestlaufzeit festgelegte Anlagen. Privatkonti werden aufgrund des Verbots von Ausleihungen schlechter verzinst.
- Die Kreditvermittlung an Private und Unternehmen wird teurer und komplizierter, denn das Kreditvolumen würde nicht vom Markt, sondern zentral und nach eigenem Ermessen von der SNB gesteuert. Damit werden Wachstum und Stabilität gefährdet.
- Vollgeld hat im Gegensatz zu heute keinen Gegenwert, sondern beruht alleine auf dem Vertrauen in die SNB. Die SNB ist gezwungen, neues Geld zu schaffen, ohne gleichzeitig werthaltige Aktiven wie Devisenreserven zu kaufen.
- Die Arbeit der Nationalbank wird massiv verpolitisiert, die Balance der Staatsgewalten ausgehebelt: Die Aussicht auf einen Anteil am Geldschöpfungsgewinn setzt die Nationalbank extremem politischen Druck aus.
- Die Initiative gefährdet ein gut funktionierendes System und setzt leichtsinnig und verantwortungslos Arbeitsplätze, Steuereinnahmen, ein sicheres Wirtschaftssystem und den Wohlstand in der Schweiz aufs Spiel. Ein Alleingang der international stark vernetzten Schweiz ist folglich ein unkalkulierbares Risiko.

Bei einer Vollgeld-Initiative verlieren also alle:

- Bankkunden verlieren Zugang zu flexiblen Sparkonti, günstigen Krediten und leicht zugänglichen Hypotheken. Für sie steigen Risiken und Kosten.
- Die Wirtschaft verliert ihre leistungsfähige, günstige Kreditversorgung und wahrscheinlich einen Grossteil der Bankenaktivitäten.
- Die SNB verliert ihre Glaubwürdigkeit und ihre Unabhängigkeit, wenn sie als quasi politische Behörde das Kreditangebot regeln muss und bei der Gewinnausschüttung von politischer Einflussnahme eingeschränkt wird.
- Die Banken verlieren in der Schweiz und international ganze Geschäftsfelder: Viele Dienstleistungen können von den Banken in der Schweiz nicht mehr angeboten werden, weil sie sich nicht mehr lohnen. International verlieren die Banken den Anschluss aufgrund des inkompatiblen Vollgeldsystems. Als Konsequenz müssen die Banken massiv Mitarbeitende entlassen.

Kommen wir zur **Matter-Initiative und dem Gegenvorschlag**. Sie will nach eigenen Angaben, so der Titel „Ja zum Schutz der Privatsphäre“, den Schutz der Privatsphäre, vor allem den Schutz der finanziellen Verhältnisse, in der Schweizer Bundesverfassung festschreiben, damit die Freiheit der Schweizerinnen und Schweizer gewährleistet bleibe und sie sicher vor Schnüffeleien und Missbrauch seien. Doch die Initiative würde nicht nur den Schutz der Privatsphäre betreffen, sondern insbesondere auch den Zugang zu Bankinformationen regeln. In den letzten Monaten wurde ein Gegenvorschlag erarbeitet. Auch hier kennen Sie bestimmt unsere Position, dass wir sowohl die Initiative als auch den direkten Gegenvorschlag ablehnen. Ich erwähne gemäss unserem neuen Transparenz-Grundsatz, dass sich die Vereinigung Schweizer Privatbanken VSPB und die Vereinigung Schweizerischer Assetmanagement- und Vermögensverwaltungsbanken VAV zum Gegenvorschlag neutral positionieren. *economiesuisse*, als Vertreterin der Schweizer Gesamtwirtschaft, ebenso wie die Kantone, lehnen die Initiative und den Gegenvorschlag ebenfalls klar ab. Als Grund nennen die Kantone, der Gegenvorschlag schütze steuerunehrliche Personen. Die Finanzdirektorenkonferenz hält das Vertrauensverhältnis zwischen Bürger und Staat hoch. Wenn Steuerpflichtige ihre Mitwirkungspflichten jedoch verletzen und ein konkreter Verdacht auf eine Steuerverkürzung bestehe, sei das Vertrauensverhältnis zerbrochen und der Zugang zu Bankinformationen gerechtfertigt.

Die ablehnende Haltung unseres Verbandes ist nicht neu. Wir sind schon seit vielen Jahren skeptisch hinsichtlich der Notwendigkeit einer Verankerung des Bankkundengeheimnisses in der Verfassung. Denn das Bankkundengeheimnis ist im heutigen Recht genügend geschützt. Weitere Gründe für unsere ablehnende Haltung sind, dass die Initiative und der Gegenvorschlag die Strafrisiken für Banken und ihre Mitarbeitenden erhöhen, zu neuen Konfliktfeldern mit dem Ausland führen könnten und zusätzliche Kosten verursachen. Die Banken wollen nicht zum verlängerten Arm der Steuerbehörden werden und verantwortlich für die Erfüllung der Steuerpflicht ihrer Kunden sein.

Fakt ist: Das Bankkundengeheimnis schützt nicht die Banken, sondern in erster Linie uns alle als Privatpersonen, Unternehmer, KMU-Leiter, Chefs, Mitarbeiter, etc. Das Bankkundengeheimnis stellt nämlich sicher, dass niemand Unberechtigtes meine finanziellen Daten einsehen kann. Für uns ist daher klar, dass am Ende das Stimmvolk entscheiden muss, wie der Privatsphärenschutz in der Schweiz ausgestaltet sein soll.

Die Vollgeld- und die Matter-Initiative zeigen, wie Partikularinteressen, welche die wirtschaftliche Bedeutung des Finanzplatzes verkennen und auf willkürliche Details fokussieren, das reibungslose Funktionieren des Finanzplatzes gefährden und unabsehbare Konsequenzen für Sie, die Bevölkerung der Schweiz, und die Wirtschaft mit sich bringen.

Ein positives Beispiel für eine umfassende Behandlung einer Fragestellung sind die zwei Gesetzesprojekte **FIDLEG** und **FINIG**. Die Bankiervereinigung unterstützt die Projekte, die einen modernen Anlegerschutz schaffen wollen, bei dem der mündige Anleger im Zentrum steht. Wir befürworten auch, dass mit FINIG die unabhängigen Vermögensverwalter einer hoheitlichen und wirksamen Aufsicht unterstellt werden sollen. Wir begrüßen explizit, dass die unabhängigen Vermögensverwalter sich nun bereit zeigen, das FINIG zu unterstützen und sich konstruktiv in den Prozess einbringen.

Die Gesetzesprojekte sind so angelegt, dass sie im Inland einheitliche Wettbewerbsbedingungen und Rechtssicherheit für alle Marktteilnehmer schaffen und gleichzeitig die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Schweizer Finanzplatzes sicherstellen. Das erklärt auch, weshalb die überwältigende Mehrheit des Schweizer Finanzplatzes FIDLEG und FINIG unterstützt.

Klar, ich will nicht verschweigen, dass es im parlamentarischen Prozess noch einige Baustellen gibt. Leider hat das Parlament vor kurzem die Behandlung einmal mehr hinausgeschoben. Das ist falsch. Ich habe zwar zu einem gewissen Grad Verständnis für das Parlament, das komplexe Projekt aus Zeitmangel nicht angehen zu wollen. Aber die Aufschieberei muss aufhören. Der Schweizer Finanzplatz und die gesamte Schweizer Wirtschaft brauchen FIDLEG und FINIG, und zwar zusammen als Paket. Jetzt. Nicht erst in Jahren.

Mit FIDLEG und FINIG kann die Schweiz ein umfassendes Projekt realisieren, das eben die so dringend nötige Gesamtsicht aufnimmt.

Gute Regulierungspolitik ist kein Wunschtraum

Sie sehen, bei Regulierungsfragen gibt es immer verschiedene Stimmen, Interessen und Überzeugungen. Eine gute und umsichtige Regulierungspolitik muss aber kein Wunschtraum bleiben. Es gibt Wege, die stetig zunehmende Regulierungsdichte, welche die Firmen administrativ und finanziell immer stärker belastet, zu durchbrechen. Wir haben

dafür das „Konzept für eine gute Regulierungspolitik“ ausgearbeitet. Im Zentrum steht ein Controllingprozess durch eine unabhängige Prüfstelle, wie er sich in verschiedenen Ländern schon bewährt hat. Dieser Prozess wäre nicht nur für die Banken anwendbar, sondern für die gesamte Wirtschaft.

Gemäss Avenir Suisse betragen die Kosten der Regulierung in der Schweiz je nach Schätzung bereits bis zu zehn Prozent des Bruttoinlandprodukts. In der WEF-Rangliste "Burden of Government Regulation" stieg die Schweiz von Rang 11 im Jahr 2009 auf Rang 17 im Jahr 2013 ab und im "Ease of Doing Business"-Index der Weltbank innert zehn Jahren von Platz 11 auf Platz 26 im Jahr 2016 ab.

Wenn die Schweiz im globalen Standortwettbewerb nicht unweigerlich zurückfallen will, muss sie das Problem der steigenden Regulierungskosten angehen. Denn jeder Tag ohne gute Regulierungspolitik bedeutet zusätzliche Kosten für unsere Wirtschaft, unsere Unternehmen und unsere KMU. Mit dem "Konzept für eine gute Regulierungspolitik“ steuern wir zu dieser Diskussion einen ausgearbeiteten Lösungsvorschlag bei, der Lösungswege über alle Regulierungsstufen hinweg einbezieht.

Wir stellen erfreut fest, dass die Politik diesen Handlungsbedarf ebenfalls erkannt hat und unser Vorschlag politisches Gehör findet. So wurden kürzlich Motionen der FDP-Fraktion und von Karl Vogler, Nationalrat, angenommen und an den Bundesrat überwiesen. Beide Motionen gehen in die gleiche Richtung wie unser Konzept einer guten Regulierungspolitik. Wir hoffen, dass nun rasch ein Gesetzesentwurf vorliegt, der diese Überlegungen aufgreift. Wir von der SBVg setzen uns dafür ein, solche umfassenden Projekte, welche der Schweiz als Ganzes und damit im Endeffekt Herrn und Frau Schweizer helfen, voranzutreiben.

Die SBVg gestaltet die Rahmenbedingungen der Zukunft

Damit kommen wir auch schon zum letzten Aspekt, über den ich heute zu Ihnen sprechen möchte: nämlich die aktive Rolle unseres Verbandes bei der Gestaltung der zukünftigen Rahmenbedingungen.

Unser Verband steht Veränderungen und der Zukunft offen gegenüber. Wir haben uns letztes Jahr bewusst einer Reorganisation unterzogen, uns neu aufgestellt und neue Schwerpunkte gesetzt. Mit unserem neuen Präsidenten Herbert J. Scheidt, welcher heute sein Amt von Patrick Odier übernimmt, werden wir den eingeschlagenen Weg

weitergehen. Wir vertreten auf diesem Weg auch unsere Mitglieder. Ich kann behaupten, dass die Banken in der Schweiz auf einem guten Fundament stehen, das haben die Zahlen im aktuellen Bankenbarometer gerade vor kurzem eindrücklich gezeigt. Die Banken entwickeln sich weiter und passen sich an. Gute Angestellte und Führungskräfte werden diesen Weg gemeinsam weiter gehen. Banken erschliessen sich neue Tätigkeitsfelder. Der entstehende Renminbi-Hub in der Schweiz ist nur ein positives Beispiel. Weitere sind Fintech und die fortschreitende Digitalisierung des Banking. Der Fokus für uns liegt darauf, den Standort Schweiz zu stärken und Arbeitsplätze und Wertschöpfung in der Schweiz zu halten. Im Zentrum steht dabei der Kunde. Wenn es Politik, Behörden, die Banken und die gesamte Schweiz bei ihren Anstrengungen schaffen, keine Partikularinteressen in den Mittelpunkt zu stellen, sondern bewusst eine Gesamtsicht einzunehmen, Kosten und Nutzen konsequent gegeneinander abzuwägen und rationale, langfristig ausgerichtete Entscheide zu treffen, dann – so bin ich überzeugt – werden die Wirtschaft in der Schweiz und der hiesige Finanzplatz auch in Zukunft zu den besten weltweit gehören.

Vielen Dank. Wir freuen uns nun auf Ihre Fragen.